

Beschluss:

1. Das Sozialreferat wird beauftragt, die Förderpraxis beim Umbau von Wohnplätzen in vollstationäre Pflegeplätze für ältere Menschen mit dem Ziel einer Ausweitung der Pflegeplatzzahl in München folgendermaßen zu ändern: Es müssen nicht mehr wie bisher in derselben Einrichtung und in derselben Zahl, in der Pflegeplätze durch den Umbau geschaffen wurden, Pflegeplätze abgebaut werden. Diese geänderte Förderung wird zunächst für das Jahr 2001 in einem Umfang von höchstens 50 Plätzen praktiziert. Dem Stadtrat wird bis Ende des Jahres 2001 vom Ergebnis und von den zu ziehenden Schlussfolgerungen dieser geänderten Förderpraxis berichtet.

2. Das Sozialreferat wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Münchner Pflegeheime die Errichtung einer Pflegebörse sowohl für den ambulanten, als auch für den stationären Pflegebereich zu organisieren. Diese Pflegebörse soll im Internet (Pflegeportal) und als einheitliche Telefonnummer für das Stadtgebiet München eingerichtet werden. Diese Pflegebörse hat als Aufgabe schnellstmöglich Auskunft über freie und schnell zur Verfügung stehende ambulante Pflegekräfte, freie Pflegebetten in Pflegeheimen und freie Pflegeplätze in Heimen für Pflege auf Zeit zu geben.

Dieses Dienstleistungsangebot sollte vorrangig anbieterneutral organisiert werden. Sollte sich kein solcher Anbieter finden, wird die Stelle stadintern eingerichtet. Für eine schnelle Realisierung sollte Sorge getragen werden.

3. Über die Fortschritte bei der Organisation der Pflegebörse ist dem Stadtrat halbjährlich zu berichten.

4. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, organisatorische Voraussetzungen, zum Beispiel Case-Management, für alle Häuser zu schaffen, durch die die diagnostischen, therapeutischen und krankenpflegerischen Maßnahmen orientiert am jeweiligen Bedarf des Patienten vernetzt werden.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird gebeten, die Idee von "Überleitungszentren" mit allen Beteiligten zu konkretisieren.

5. In Altenheimen sind die Voraussetzungen für eine medizinische Grundversorgung der Patienten bzw. Pflegebedürftigen zu schaffen. Das Sozialreferat in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt legt bis zur Sommerpause eine entsprechende Konzeption vor, die unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände München und der Münchenstiftung gGmbH erarbeitet wird.
6. Die Anträge Nr. 2193 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 04.09.2000, Nr. 2196 der Stadtratsmitglieder Caim, Nagel, Oberloher, Bauernschuster und Pfundstein vom 06.09.2000, Nr. 484 von Frau Stadträtin Schosser vom 26.05.1997, Nr. 2373 von Frau Stadträtin Schosser vom 01.12.2000 und Nr. 5208 des Bezirksausschusses des 15. Stadtbezirkes Trudering-Riem vom 21.09.2000 sind damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.